

Mediendienst-Recherche

Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden

Oktober 2021

Inhalt

Einleitung	2
Was tun Bund und Länder gegen Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden?	3
Lageberichte der Behörden	7
Rassistische und rechtsextreme Vorfälle in Sicherheitsbehörden (2017-2021).....	8

Von Carl Melchers / Donata Hasselmann /
Joe Bauer / Carsten Wolf

MEDIENDIENST INTEGRATION

Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin

Telefon: +49 30 200 764 80
mail@mediendienst-integration.de

Einleitung

Elf Jahre lang, von 2000 bis 2011, beging der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) rassistische Morde, Sprengstoffanschläge und Banküberfälle, ohne aufgehalten zu werden. Der Verfassungsschutz und die Polizei vermuteten die Täter*innen fälschlicherweise im Milieu der Organisierten Kriminalität.¹

Seitdem versuchen die Behörden, aus den Fehlern von damals zu lernen. Dazu gehört, stärker gegen Rechtsextreme in den eigenen Reihen vorzugehen.

Im ersten Teil der vorliegenden Recherche haben wir die Bundesländer und den Bund befragt: **Welche Maßnahmen werden getroffen, um Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden zu entdecken?** Und was wird präventiv dagegen getan, dass sie überhaupt auf solche Posten gelangen? In den Antworten zeigen sich sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Nur in sechs Bundesländern fragt die Polizei bei Neueinstellungen regelmäßig beim Landesamt für Verfassungsschutz an, ob die

Bewerber*innen in der Vergangenheit durch rechtsextrêmes Verhalten aufgefallen sind. 14 Bundesländer haben mittlerweile Polizeibeauftragte oder Beschwerdestellen eingerichtet – allerdings sind diese Stellen nur in sieben Bundesländern unabhängig von der Innenverwaltung. Nur zwei Bundesländer gaben an, verpflichtende Aus- und Fortbildungsmodule zu Rassismus und Rechtsextremismus durchzuführen.

Im zweiten Teil der Recherche geben wir einen **Überblick über rechtsextreme und rassistische Vorfälle in den deutschen Sicherheitsbehörden seit 2017**, die durch behördliche Lagebilder und durch Medienberichte bekannt wurden. Besonders viele Fälle wurden 2020 und 2021 bekannt. Diese Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. An den zahlreichen Beispielen bietet sie aber einen Einblick in die Thematik und eine Annäherung an den Umfang des Problems.

¹ Mediendienst (2021) Überblick zum NSU, [Link](#)

Was tun Bund und Länder gegen Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden?

Zahlreiche Fachleute, unter anderem auch die Mitglieder der unabhängigen Expertenkommission zu Rechtsextremismus in der hessischen Polizei, haben Maßnahmen vorgeschlagen, um gegen Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden vorzugehen.

Der MEDIENDIENST INTEGRATION hat die Innenministerien der Bundesländer, die Bundespolizei, das Bundesverteidigungsministerium sowie den Bundesverfassungsschutz angefragt, ob solche Maßnahmen umgesetzt wurden oder werden. Im Engagement gegen Rechtsextremismus in den eigenen Reihen zeigen sich große Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Einstellungsverfahren

Um Rechtsextreme gar nicht erst in Sicherheitsbehörden einzustellen, fordern die Fachleute, die **Landesämter für Verfassungsschutz anzufragen**, ob Bewerber*innen in der Vergangenheit durch rechtsextremes Verhalten aufgefallen sind.

- **In nur sechs Bundesländern führt die Polizei für alle Bewerber*innen solche Abfragen durch** (Bayern, Bremen, Hamburg, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland).
- In den anderen Bundesländern fragt die Polizei die Daten entweder nur bei Verdacht (Brandenburg, Hessen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein) oder gar nicht an (Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern², Niedersachsen, Sachsen, Thüringen).
- Bundespolizei, Bundesverfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Bundeswehr hingegen führen diese Regelabfragen durch.

Zusätzlich fordern Expert*innen, dass **öffentlich sichtbare Posts in Sozialen Medien eingesehen werden**, um Hinweise auf rechtsextreme Haltungen von Bewerber*innen aufzudecken.

- **Bisher überprüfen nur zwei Bundesländer** (Bremen und Niedersachsen) **routinemäßig öffentliche Posts von Polizeibewerber*innen in Sozialen Medien.**
- Beim Bundesverfassungsschutz, dem Bundeskriminalamt und der Bundeswehr finden solche Überprüfungen statt. Bei der Bundespolizei hingegen nicht.

² Berlin und Mecklenburg-Vorpommern planen, Abfragen beim Verfassungsschutz in Zukunft durchzuführen.

Wiederholte Überprüfungen im Laufe des Berufs

- **Hamburg wiederholt als einziges Bundesland die Anfragen** beim Verfassungsschutz zu rechtsextremen Aktivitäten von Polizist*innen alle zehn Jahre.
- **Alle anderen Bundesländer wiederholen die Prüfungen nicht** (Bayern, Bremen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland) oder fragen die Daten beim Verfassungsschutz sowieso grundsätzlich nicht an (siehe oben).
- **Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz** wiederholen die Überprüfungen ihrer Mitarbeiter*innen in regelmäßigen Abständen, die Bundeswehr hingegen nicht.

Unabhängige Polizei-Beschwerdestellen

Polizeibeschwerdestellen und Polizeibeauftragte sind Anlaufstellen für Betroffene von polizeilichem Fehlverhalten, wie etwa rassistischen oder rechtsextremen Handlungen oder Äußerungen. Auch Polizist*innen können sich bei ihnen melden.³

- **14 Bundesländer haben mittlerweile Polizeibeauftragte** oder Beschwerdestellen eingerichtet oder planen die Einrichtung.⁴
- Nur Bayern und das Saarland haben keine solche Stellen.⁵

Damit diese Stellen unbefangene Beschwerden gegen Polizist*innen nachgehen können, müssen sie jedoch organisatorisch unabhängig von der Polizei sein, fordern Fachleute.⁶ Das ist nicht in allen Bundesländern der Fall:

- **Polizeibeauftragte, die unabhängig von Polizei, Innenverwaltung und Landesregierung sind, gibt es bisher erst in 7 von 16 Bundesländern:** Baden-

³ Deutsches Institut für Menschenrechte (2017): „Unabhängige Polizeibeschwerdestellen. Was kann Deutschland von anderen europäischen Staaten lernen?“, S. 8

⁴ Brandenburg plant die Einrichtung eines*iner Polizeibeauftragten beim Landtag. Die Regierungsfractionen diskutieren derzeit einen Gesetzentwurf.

⁵ In Bayern und im Saarland gibt es Bürgerbeauftragte. Beschwerden über das Verhalten von Behörden, unter anderem der Polizei, können auch an sie gerichtet werden.

⁶ Deutsches Institut für Menschenrechte (2014): „Unabhängige Polizei-Beschwerdestellen. Eckpunkte für ihre Ausgestaltung“, S. 10-12

Württemberg, Berlin (im Aufbau), Bremen (im Aufbau), Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben Polizeibeauftragte, die am Landesparlament angesiedelt sind.

- In den übrigen Bundesländern sind die Polizei-Beschwerdestellen näher an der Polizei: Sie unterstehen dem Innenministerium (Niedersachsen, NRW, Sachsen-Anhalt, Thüringen) oder der Landesregierung (Sachsen).
- Die Beschwerdestelle der Polizei Hamburg und die Vertrauensstelle der Bundespolizei sind nicht unabhängig: Sie unterstehen direkt dem jeweiligen Polizeipräsidium.
- Das BKA hat keine unabhängige Beschwerdestelle.
- Für die Bundeswehr übernimmt die Wehrbeauftragte des Bundestages die Funktion einer unabhängigen Beschwerdestelle.

Extremismusbeauftragte

Ebenfalls fordern Fachleute, Extremismusbeauftragte in den Behörden einzurichten. Das sind behörden-*interne* Ansprechpartner*innen bei Verdacht auf rechtsextreme Haltungen. Sie unterstützen Präventionsmaßnahmen und organisieren Fortbildungen.

- **Nur fünf Bundesländer haben Extremismusbeauftragte in ihren Landespolizeien eingesetzt** (Berlin, Brandenburg, NRW, Sachsen und Sachsen-Anhalt⁷).
- **Die Mehrheit der Bundesländer hat keine solchen Stellen** (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen).
- Bei der Bundespolizei gibt es ebenfalls keine*n Extremismusbeauftragte*n. Beim Bundeskriminalamt gibt es für diese Aufgabe einen Wertebeauftragten, bei der Bundeswehr die „Koordinierungsstelle für Extremismus-Verdachtsfälle“.

⁷ In Sachsen trägt die Stelle den Namen „Koordinierungsstelle Extremismusprävention und -bekämpfung (KostEx)“ und ist für den gesamten Geschäftsbereich des Innenministeriums zuständig.

Fortbildungen zu Rassismus und Rechtsextremismus

Expert*innen empfehlen, dass die Themen Rechtsextremismus und Rassismus in der Aus- und Fortbildung bei der Polizei eine größere Rolle spielen sollen. Auf Nachfrage teilen alle Innenministerien der Länder mit, dass Rassismus und Rechtsextremismus behandelt werden.

- **Lediglich Hessen** nennt ein *konkretes* Modul im Lehrplan der Polizeiausbildung, das sich ausdrücklich der Extremismusprävention in den eigenen Reihen widmet.
- NRW gab als einziges Bundesland an, **verpflichtende Fortbildungen zu Rassismus und Rechtsextremismus** für alle Einsatzkräfte durchzuführen.
- Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Bundeswehr nennen verpflichtende Fortbildungen für alle Einsatzkräfte, das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei hingegen nicht.

Rassismusstudien in der Polizei

Fachleute fordern, unabhängige Rassismus-Studien in den einzelnen Sicherheitsbehörden durchzuführen.

- Nur **fünf Bundesländer haben Rassismusstudien für ihre Landespolizeien in Auftrag gegeben**: Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen (geplant).
- Die übrigen Bundesländer haben keine Studien in Auftrag gegeben.
- Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt untersucht derzeit mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums Rassismus in staatlichen Behörden.⁸

⁸ Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (2021): „Rassismus in staatlichen Institutionen: FGZ startet Großstudie“.

Lageberichte der Behörden

Die Lageberichte verschiedener Behörden zum Thema zeigen: Sicherheitsbehörden nehmen das Thema ernster als zuvor. Und sie schauen genauer hin, wenn es um Rechtsextreme in ihren eigenen Reihen geht. Die Zahl der bekannt gewordenen Fälle ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Über manche Netzwerke, von denen in Medien berichtet wird, liest man nur wenig in den offiziellen Lagebildern.

Die Zahlen aus den Lageberichten zeigen eine Zunahme von Ermittlungen wegen rechtsextremer Verdachtsfälle in den Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren. Seit Anfang 2017 wurden Ermittlungen wegen des Verdachts von Rechtsextremismus eingeleitet:⁹

- bei den Behörden der Länder in 319 Verdachtsfällen (Polizei, LKAs, Verfassungsschutz),
- bei den Bundesbehörden in 58 Verdachtsfällen (u.a. Bundespolizei, BKA, Zoll),
- beim Militärischen Abschirmdienst in 1.064 Verdachtsfällen (v.a. Bundeswehr).¹⁰

Ein Beispiel: Beim Militärischen Abschirmdienst (MAD), der sich vor allem mit Verdachtsfällen in der Bundeswehr beschäftigt, stieg die Zahl der Verdachtsfälle zwischen 2018 und 2019 um ein Drittel.¹¹

Rechte Verdachtsfälle in der Bundeswehr

Aufgenommene Verdachtsfallbearbeitungen durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD)



Grafik: © MEDIENDIENST INTEGRATION 2021 • Quelle: MAD-Report 2019 • Erstellt mit Datawrapper

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat 34 Fälle von Rechtsextremen in Sicherheitsbehörden näher untersucht. Die Mehrzahl der Rechtsextremen arbeitete bei der Polizei (22). Die Hälfte agierte allein, die andere Hälfte war Mitglied in einer rechtsextremen Partei oder Organisation. Bei den Taten, wegen derer sie auffällig geworden sind, handelte es sich meist um die Verbreitung rechter Propaganda. Bei acht Prozent gab es aber auch gewalttätige Vorfälle.¹²

Wichtige Quellen

- [Lagebericht](#) des Bundesamts für **Verfassungsschutz** („Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden“, 2020),
- die jährlichen [Berichte](#) des **Militärischen Abschirmdiensts (MAD)** und
- die jährlichen [Berichte](#) der **Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle** BMVg.

⁹ Gegen eine Person können mehrere Verfahren anhängig sein und innerhalb eines Verdachtsfalls können mehrere Personen betroffen sein; erhoben wurde der Zeitraum Januar 2017 - März 2020

¹⁰ Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Lagebild „[Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden](#)“, Seite 11

¹¹ Das Bundesamt für den Militärischer Abschirmdienst (2019), [Jahresbericht des Militärischen Abschirmdienstes für das Jahr 2019](#), Seite 13

¹² Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Lagebild „[Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden](#)“, Seite 20

Rassistische und rechtsextreme Vorfälle in Sicherheitsbehörden (2017-2021)

2017

Ausbilder und Anwärter der Polizeischule Eutin (Schleswig-Holstein) sollen laut Medienberichten im September 2017 mit rassistischen Statements aufgefallen sein.¹³

2018 August

Im August 2018 filmt ein TV-Team der Sendung „Frontal21“ den LKA-Mitarbeiter Maik G. auf dem Weg zu einer Pegida-Demonstration. Er wird als „Hutbürger“ bekannt. Er verlässt im September den Polizeidienst. Im Jahr 2019 verklagt er das ZDF auf Entschädigung.¹⁴

Vier Polizisten in Kirtorf (Hessen) und Umgebung werden als Mitglieder einer rechten Chat-Gruppe bekannt. Einer davon ist ein Verdächtiger in den Ermittlungen zum sogenannten „NSU 2.0“, zwei weitere werden im Juni 2021 wegen illegalen Waffenbesitzes angeklagt.¹⁵

„NSU 2.0“

Von 2018 bis 2021 erhalten zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens, die sich in Deutschland gegen Rechtsextremismus engagieren, Drohbriefe unter dem Pseudonym „NSU 2.0“. Diese Briefe enthalten zum Teil personenbezogene Daten, die nur aus polizeilichen Datenbanken stammen können. Unter den Betroffenen sind die Frankfurter Anwältin der Nebenklage im NSU-Prozess, Seda Başay-Yıldız, die Linkspartei-Politikerinnen Martina Renner und Janine Wissler, die Kabarettistin Idil Baydar und die Journalistin Hengameh Yaghoobifarah. Es werden in diesem Zusammenhang Datenabfragen auf Polizeicomputern in Frankfurt, Berlin, Hamburg und Wiesbaden bekannt. Ein Polizist des 1. Polizeireviers Frankfurt wird 2019 vorübergehend festgenommen.

Im Mai 2021 wird in Berlin als mutmaßlicher Urheber der Drohbriefe Alexander M., ein bekannter Rechtsextremist, festgenommen. Er ist nicht Polizist und soll die Daten durch Anrufe bei den Polizeibehörden erschlichen haben. (Quelle)

¹³ <https://taz.de/Rassismus-an-Eutiner-Polizeischule/!5656268/>

¹⁴ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-in-dresden-lka-mann-aus-zdf-video-ist-buchpruefer-a-1224566.html>; <https://www.n-tv.de/politik/Hutbuenger->

<will-Entschaedigung-vom-ZDF-article21086348.html>

¹⁵ <https://taz.de/Rechtsextreme-bei-der-Polizei-in-Hessen/!5565164/>, <https://taz.de/Prozess-gegen-Beamten-aus-Hessen/!5783541/>

2019

Juni

Gegen den Bundestagspolizisten Michael R. wird wegen verfassungsfeindlicher Äußerungen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Er war Mitglied einer Reichsbürger-Partei und später der AfD.¹⁶

In Rosenheim wird 2019 ein Staatsschutzbeamter vom Dienst suspendiert, der jahrelang sein Büro mit Hakenkreuzen und einer Reichskriegsflagge dekoriert haben soll. Im April 2021 spricht das Landgericht Traunstein den Beamten vom Vorwurf der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole frei. Er erhält aber eine Bewährungsstrafe wegen Strafvereitelung, da er rassistische Chats von Kollegen nicht gemeldet habe.¹⁷

Das Hannibal-Netzwerk und Uniter

Der Bundeswehrsoldat André S. gründete ab 2015 Chatgruppen im Messengerdienst Telegram, in dem sich sogenannte *Prepper* auf einem möglichen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung vorbereiteten. In den Chatgruppen trat S. unter dem Pseudonym Hannibal auf. Das von ihm aufgebaute Netzwerk teilte sich in regionale Gruppen, in der u.a. Polizist*innen, aktive Soldat*innen und Reservist*innen organisiert waren. Einer davon war der Bundeswehrsoldat und mutmaßliche Rechtsterrorist Franco A. Durch A.s Verhaftung geriet auch der Verein „Uniter“ in die Kritik, der von André S. mitgegründet wurde. Im Jahr 2020 wurde der Verein „Uniter“ vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft. Mit dem Verein verbunden war auch die etwa 30-köpfige Preppergruppe „Nordkreuz“. (Quelle)

¹⁶ <https://taz.de/Rechtsextreme-bei-der-Bundestagspolizei/!5777254/>

¹⁷ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/traunstein-polizist-rassismus-strafvereitelung-urteil-1.5276973>

2020

Juni

Im Juni 2020 wird bekannt, dass mindestens acht KSK-Soldaten mit Dienstgeheimnissen versorgt worden seien, die aus Ermittlungen des MAD bei der Bundeswehr stammen.¹⁸

Laut Medienberichten wurde in Greifswald ein Polizist und AfD-Mitglied vom Dienst suspendiert. Er soll die Daten mehrerer Personen aus dem Polizeisystem an einen Rechtsextremen weitergegeben haben.¹⁹

Im Juli 2020 teilt das örtliche Landeskriminalamt mit, bei einem Bundeswehr-Reservisten in Wriedel (Niedersachsen) seien Waffen und sogenannte Feindeslisten gefunden worden.²⁰

September

Gegen einen Unteroffizier der Bundeswehr wird wegen Terrorverdachts ermittelt – darüber berichten Medien im September 2020. Er soll Verbindungen zur rechtsextremen Kampfsportszene haben.²¹

Im September 2020 werden zwei Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern wegen rassistischer und rechtsextremer Äußerungen in Chat-Gruppen vom Dienst suspendiert. Innenminister Lorenz Caffier (CDU) sagt, es stünden insgesamt 17 Beamte und ein Tarifangestellter unter Verdacht, rechtsextremes Gedankengut in Chats geteilt zu haben.²²

In Nordrhein-Westfalen wird erstmals eine rechte Chat-Gruppe innerhalb der Polizei aufgedeckt. Aus erst 30 werden später 200 Verdachtsfälle aus Dienststellen in Mülheim, Essen, Bielefeld und Duisburg.²³

Kommando Spezialkräfte (KSK)

Eine zentrale Rolle im Komplex rechtsextremer Netzwerke und Skandale in der Bundeswehr spielt die Spezialeinheit KSK, die 1996 gegründet wurde. Schon bei ihrer Gründung steht die Einheit wegen mangelnder demokratischer Kontrolle in Kritik. Mitglieder fallen immer wieder wegen rechtsextremer Umtriebe auf. So überfällt etwa 2002 ein ehemaliger KSK-Soldat und Neonazi eine Bundeswehreinheit und erbeutet Waffen und Munition. Ein ehemaliger KSK-Soldat gründet das Hannibal-Netzwerk und den Verein Uniter (siehe oben). Das Bundesverteidigungsministerium sieht das KSK als „Schwerpunkt“ von Ermittlungen wegen Rechtsextremismus: 3 Personen wurden aus der Bundeswehr entlassen, 13 Personen wurden versetzt oder haben das KSK verlassen (Quelle). 2020 identifiziert der MAD neun Mitglieder des KSK als Rechtsextremisten. Im selben Jahr werden am privaten Wohnsitz eines KSK-Mitglieds Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt. Im November 2020 kündigt der Generalinspekteur der Bundeswehr an, das KSK solle umstrukturiert werden.

¹⁸ <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/mad-125.html>

¹⁹ <https://www.n-tv.de/politik/Gab-ein-Polizist-im-Norden-Daten-weiter-article21918818.html>

²⁰ <https://www.n-tv.de/panorama/Rechtsextremer-Reservist-hortet-Waffen-article21904025.html>

²¹ <https://taz.de/Verbindungen-zu-Rechtsextremen/!5709670/>

<https://taz.de/Rechtsextreme-Chatgruppen-bei-der-Polizei/!5715049/>

²² <https://taz.de/Rechtsextreme-Chatgruppen-bei-der-Polizei/!5715049/>

²³ <https://m.tagesspiegel.de/politik/nun-mehr-als-200-verdachtsfaelle-nrw-skandal-um-rechtsextreme-polizisten-chats-weitert-sich-aus/26718014.html>

Oktober

Gegen 26 Polizeischüler*innen in Berlin werden Disziplinarverfahren eingeleitet. Sie sollen in Chats rechtsextreme Inhalte geteilt haben. Sechs von ihnen werden vom Dienst suspendiert.²⁴

November

Im November 2020 wird bei einer Panzerbrigade in Neustadt bei Rübenberge (Niedersachsen) eine mutmaßlich rechtsextreme Chat-Gruppe mit 26 Soldaten publik, drei davon werden vom Dienst suspendiert.²⁵

Im Dezember 2020 suspendiert die Polizeidirektion Hannover den Kriminalhauptkommissar Michael F., der sich bei „Querdenker“-Veranstaltungen engagiert.

In Osnabrück kommt es zu Hausdurchsuchungen bei sechs Personen. Vier aktive Polizisten, ein Verwaltungsbeamter und ein pensionierter Polizist sollen rechtsextreme Inhalte in Chat-Gruppen geteilt haben. Die aktiven Polizisten werden vom Dienst suspendiert. Im Mai 2021 werden Strafverfahren eingestellt, die disziplinarischen Ermittlungen dauern an.²⁶

Laut Medienberichten wurden vier Polizisten in Schleswig-Holstein wegen Waffenbesitzes und rechtsextremen Äußerungen in Chat-Gruppen vom Dienst suspendiert.²⁷

Im November 2020 werden die Mobiltelefone von fast 50 Bereitschaftspolizisten beschlagnahmt. Auf Chat-Gruppen der Einheit sollen rechtsextreme Inhalte geteilt worden sein.²⁸

Gruppe Nordkreuz

Nordkreuz ist der Name einer Chatgruppe von etwa 30 sogenannten *Preppern* aus Mecklenburg-Vorpommern um den Polizisten Marko G. aus Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern). Sie sollen Verbindungen zum „Hannibal-Netzwerk“ und zum Verein „Uniter“ gehabt haben. 2017, 2018 und 2019 gibt es Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Gruppe. Bei G. wird Munition in großer Menge sichergestellt sowie Bestelllisten für 200 Leichensäcke und Löschkalk, das beim Vergraben von Leichen verwendet wird. Ein Mitglied der Gruppe, Frank T., betreibt in Güstrow einen Schießplatz, auf dem verschiedene Spezialeinheiten, darunter auch Mitglieder des KSK trainiert haben sollen. Im November 2020 tritt der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Caffier, zurück. Zuvor wurde bekannt, dass er von einem zeitweisen „Nordkreuz“-Mitglied eine Handfeuerwaffe gekauft haben soll (Quelle).

²⁴ <https://taz.de/Rechte-Chatgruppe-bei-Berlins-Polizei/!5721920/>

²⁵ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Rechte-Chatgruppe-Bundeswehr-setzt-Ermittlungen-fort,soldaten424.html

²⁶ <https://taz.de/Rechtsextremismus-bei-der-Polizei/!5769258/>

²⁷ <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Rechtsextreme-Chats-Ermittlungen-gegen-vier-Polizisten,rechtsextremismus438.html>

²⁸ <https://www.bild.de/regional/sachsen-anhalt/sachsen-anhalt-news/rechtsextreme-chats-50-privat-handys-von-polizisten-beschlagnahmt-74053160.bild.html>

2021

Januar

Drei als rechtsextrem bekannte Reservisten der Bundeswehr sollen 2020 an einer Demonstration der Neonazi-Partei „Der III. Weg“ teilgenommen haben. Darüber berichten Medien im Januar 2021.²⁹

Beim Berliner Verfassungsschutz wird der Referatsleiter der Abteilung Rechtsextremismus freigestellt. Zuvor war ein interner Bericht über die AfD an diese weitergegeben worden.³⁰

Im Januar 2021 wird in Eschweiler ein Polizist wegen Volksverhetzung angeklagt.³¹

Februar

Innensenator Andreas Geisel (SPD) gibt im Februar 2021 bekannt, in Berlin liefen 47 Disziplinarverfahren gegen Polizisten wegen

rechtsextremer oder rassistischer Äußerungen, bei „fünf bis sechs“ mit dem Ziel, die Beamten aus dem Dienst zu entfernen.³²

Zwischen 2017 und 2019 soll ein Mitglied einer Spezialeinheit rechtsextreme Äußerungen am Telefon gemacht haben. Im Februar 2021 wird er mit einem Arbeitsverbot belegt und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.³³

In Dresden wird ein Polizist zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. Er hatte eine Tunesierin rassistisch beleidigt und bedroht.³⁴

Im März 2021 findet die Polizei bei einer Hausdurchsuchung in Glashütten (Hessen) bei einem Soldaten Waffen, Munition und ein rechtsextremes Manifest. Er soll einen Sprengstoffanschlag geplant haben.³⁵

Asgard German Security Group

Die Asgaard German Security Group ist eine private deutsche Sicherheits- und Söldnerfirma mit Sitz in Hamm (Nordrhein-Westfalen). In den vergangenen Jahren gab es mehrere Medienberichte über rechtsextreme Vorfälle und Verstrickungen bei Asgaard (Quelle). Im Mai 2021 berichtet der MDR, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst rund um die Firma Asgaard derzeit 59 Personen überprüfen: Bei ihnen soll es sich größtenteils um Reservisten der Bundeswehr handeln (Quelle).

²⁹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/bundeswehr-reservisten-rechtsextrem-demo-102.html>

³⁰ <https://taz.de/AfD-Affaere-beim-Verfassungsschutz-Berlin/!5745957/>

³¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-eschweiler-polizist-kommt-wegen-volksverhetzung-vor-amsgericht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210119-99-88807>

³² <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/01/berliner-polizei-47-verfahren-rechtsextreme-rassistische-aeusserungen.html>

³³ <https://www.spiegel.de/panorama/brandenburg-polizei-erteilt-beamten-nach-verdacht-auf-rechtsextreme-aeusserungen-arbeitsverbot-a-4e6f324e-7a0e-4a13-9892-8d93004a6be2>

<https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/dabei-legte-er-ein-gestaendnis-ab-fremdenhass-polizist-freigesprochen-75400304.bild.html>

³⁴ <https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/dabei-legte-er-ein-gestaendnis-ab-fremdenhass-polizist-freigesprochen-75400304.bild.html>

³⁵ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/waffenfund-in-hessen-ermittler-finden-rechtsextremes-manifest-bei-soldaten-a-d2d783fa-7c9b-4a68-96ea-ce85472b26f0>,

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/rechtsextremismus-bundeswehr-durchsuchungen-101.html>

März

Die Polizei ermittelt gegen einen Polizisten, der in Frankfurt am Main aus der Asservatenkammer Munition und Waffen in dreistelliger Stückzahl unterschlagen und verkauft haben soll. Gegen den Polizisten wird auch wegen Geheimnisverrats ermittelt, er soll der Sicherheitsfirma Asgard Daten aus dem Polizeisystem weitergegeben haben.³⁶

Der *Spiegel* berichtet über einen Oberkommissar beim Bundeskriminalamt, der an rechtsextremen Demonstrationen teilgenommen habe.³⁷ Die Tagesschau berichtet im selben Monat von Ermittlungen gegen mehrere Personenschützer des BKA, die in Chat-Gruppen rassistische und sexistische Inhalte geteilt haben sollen.³⁸

Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg weist die Klage eines Bundespolizisten zurück. Ihm wurde 2019 der Beamtenstatus entzogen, weil ihm zwischen 2009 und 2015 zahlreiche inner- und außerdienstliche Pflichtverstöße vorgeworfen wurden. Er wurde wegen illegalem Waffenbesitz und Kinderpornographie verurteilt und soll Flüchtlinge gefoltert haben.³⁹

Im April 2021 beginnt am Oberlandesgericht Stuttgart der Prozess gegen die rechtsterroristische „Gruppe S“. Ein ehemaliger Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Hamm (Westfalen) ist wegen Unterstützung angeklagt.⁴⁰

Die „Gruppe S“

Die „Gruppe S“ besteht aus Neonazis und Reichsbürger*innen um Werner S. . Laut Medienberichten organisierte sie sich in Chatgruppen und bewaffnete sich mit dem mutmaßlichen Ziel, Moscheen, Linke und Politiker:innen anzugreifen, um damit ein „Tag X“-Szenario auszulösen. Unterstützt wurde die Gruppe durch einen Verwaltungsmitarbeiter der Polizei aus Hamm (Nordrhein-Westfalen). Im Februar 2020 durchsuchte die Polizei Objekte in sechs Bundesländern und fand Waffen, Munition und Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen, zwölf Mitglieder der Gruppe wurden verhaftet, eines davon beging einige Monate später in Untersuchungshaft mutmaßlich Selbstmord. Im November erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen die Gruppe, der Prozess gegen sie begann im April 2021 am Oberlandesgericht Stuttgart. (Quelle)

³⁶ <https://www.fr.de/hessen/frankfurt-polizei-waffen-vermisst-asservatenkammer-verkauft-gestohlen-ermittlungen-polizist-entwendet-unterschlagen-zr-90253649.html>; <https://www.fnp.de/frankfurt/polizist-soll-mehr-als-100-waffen-entwendet-haben-90254463.html>

³⁷ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bka-beamter-nimmt-an-rechtsextremen-demos-teil-willkommen-im-irrenhaus-deutschland-a-6fb39b6b-0002-0001-0000-000177062079>

³⁸ <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bka-rechte-chatgruppen-101.html>

³⁹ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/hannover-bundespolizist-soll-fluechtlinge-gequelt-haben-a-1034159.html>, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Berufungsklage-von-Bundespolizist-vor-OVG-erfolglos,bundespolizist110.html

⁴⁰ <https://www.tagesspiegel.de/politik/prozess-gegen-rechtsextreme-terrorgruppe-rassisten-wollten-gruenenpolitiker-habeck-und-hofreiter-toeten/27080692.html>

Mai

Im Mai werden Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen acht Polizisten in Stuttgart aufgrund von Chat-Nachrichten eingeleitet.⁴¹

Juni

Im Juni 2021 wird bekannt, dass Bundeswehrsoldaten im April bei einer Party in Litauen rechtsextreme und antisemitische Lieder gesungen haben sollen. Außerdem sei es zu einer sexuellen Nötigung gekommen. Ermittlungen ergaben, dass auch Munition bei der Bundeswehr in Litauen abhandengekommen sei.⁴²

In Freiburg kommt es zu einem gewalttätigen rassistischen Übergriff von einem Dutzend Männern gegen einen Punk aus Lettland. Beteiligt sind auch zwei Polizisten.⁴³

Hessens Innenminister Peter Beuth kündigt die Auflösung des Hessener SEK an. Gegen 19 aktive und einen ehemaligen Polizisten

wird ermittelt. Sie waren Teil einer extrem rechten Chatgruppe, in der insgesamt 49 aktive Beamte waren, nicht alle kamen aus dem SEK.⁴⁴

Juli

Während der Flutkatastrophe Im Juli 2021 versuchen „Querdenker*innen“ sich als Helfer*innen zu inszenieren. Mit dabei sind ein Reservist der Bundeswehr, ein ehemaliger Kommandeur des KSK sowie ein ehemaliger Polizist.⁴⁵

Im Juli 2021 stuft der MAD den Oberfeldwebel und AfD-Bundestagskandidaten Hannes G. als „Extremist“ ein.⁴⁶

Im Juli 2021 werden die Mobiltelefone von drei Polizisten in Freiburg beschlagnahmt. Sie sollen in einer Chat-Gruppe in den Jahren 2017 und 2018 sich rassistisch geäußert haben.⁴⁷

Anschlagserie in Berlin-Neukölln

Im Berliner Stadtteil Neukölln kam seit 2016 wiederholt zu mutmaßlich rechtsextrem motivierten Angriffen und Brandanschlägen, darunter einen auf das Haus des Linksparteipolitikers Ferhat Koçak. Als Hauptverdächtige der Anschlagserie gelten mittlerweile Tilo P. und Sebastian T. Bei ersterem wird 2018 bei einer Hausdurchsuchung eine mutmaßliche sogenannte Feindesliste mit mehr als 500 Namen gefunden. Der andere Tatverdächtige P. stand in engem Kontakt zum Polizisten Detlef M., gegen den 2018 im Zusammenhang mit dem islamistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz wegen Verrat von Dienstgeheimnissen ermittelt wurde. (Quelle)

⁴¹ https://www.zvw.de/stuttgart-region/staatsanwaltschaft-stuttgart-ermittelt-gegen-f%C3%BCnf-polizisten-verdacht-auf-volksverhetzung-in-chats_arid-355949

⁴² <https://www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-litauen-skandal-101.html>

⁴³ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-06/rassismus-freiburg-polizei-migranten-bedrohung-jagd>

⁴⁴ [https://www.hessenschau.de/politik/49-aktive-polizisten-an-rechten-chats-beteiligt-polizisten-chats-](https://www.hessenschau.de/politik/49-aktive-polizisten-an-rechten-chats-beteiligt-polizisten-chats-100.html)

[100.html , https://www.tagesschau.de/inland/sek-frankfurt-rechtsextreme-chats-aufgeloest-101.html](https://www.tagesschau.de/inland/sek-frankfurt-rechtsextreme-chats-aufgeloest-101.html)

⁴⁵ <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/reichsbuerger-querdenker-101.html>

⁴⁶ <https://www.nordkurier.de/uckermark/uckermaerker-afd-politiker-vom-mad-als-extremist-ingestuft-2944489707.html>

⁴⁷ <https://www.sueddeutsche.de/panorama/polizei-freiburg-im-breisgau-rassistische-chats-smartphones-von-polizisten-beschlagnahmt-dpa.urn-newsml-dpa->

Zwei Brandenburger Polizeibeamte und ehemalige Mitglieder im Verein Uniter sollen über 100 unerlaubte Datenabfragen in Polizei-Datenbanken getätigt haben, wie im Juli 2020 bekannt wird.⁴⁸

Im Juli 2021 gibt es Durchsuchungen gegen die Mitglieder der rechtsextremen Chat-Gruppe „Eierköpfe“, zu der vier Polizisten gehören. Die Polizisten gehören derselben Polizeidirektion an, in der auch Detlef M. arbeitet. Er soll Polizeiinterna in einer AfD-Chatgruppe geteilt haben.⁴⁹

August

Medien berichten über die rechtsextreme Vergangenheit eines Ausbilders an der Bundespolizeiakademie, nämlich Professor Stephan M. . Dieser lehrt zu diesem Zeitpunkt an der Hochschule des Bundes und bildet unter anderem Angehörige der Eliteeinheit GSG9 aus.⁵⁰ Er war einer der Gründungsmitglieder der rechten Denkfabrik Institut für Staatspolitik (IfS). Das sogenannte Institut wurde inzwischen vom

Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt als „rechtsextrem“ eingestuft⁵¹.

September

Im September 2021 geht die Bundesanwaltschaft gegen eine neunköpfige Gruppe vor, zu der auch sechs Reservisten gehören sollen. Sie sollen eine rechtsextreme Wehrsportgruppe gebildet haben.⁵²

Oktober

Im Oktober 2021 werden interne Ermittlungen gegen sechs Soldaten des Wachbataillons bekannt, unter anderem wegen „rechtsextremer Umtriebe, abstoßende Aufnahme rituale sowie Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung“.⁵³ Die Bundeswehreinheit stellt unter anderem den „protokollarischen Ehrendienst“ bei Staatsbesuchen.

„Institut für Staatspolitik“ (IfS)

Die neurechte Denkfabrik IfS ist eine wichtige Institution innerhalb der extremen Rechten in Deutschland. Zu den Gründern zählen der Verleger Götz Kubitschek und der Publizist Karlheinz Weißmann. Kubitschek steht dem völkisch-nationalen Flügel der AfD nahe. Beim IfS referierte 2004 der im Jahr zuvor in Ruhestand versetzte Brigadegeneral und Kommandeur des KSK Reinhard G. . Das sogenannte Institut wurde inzwischen vom Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt als „rechtsextrem“ eingestuft. (Quelle)

[com-20090101-210726-99-541389](https://www.rnd.de/politik/brandenburg-polizisten-stellten-uber-100-dubiose-datenabfragen-beamten-sind-mitglieder-bei-uniter-BPZ74BUHOBABBCB5AC3BMDI2K4.html)

⁴⁸ <https://www.rnd.de/politik/brandenburg-polizisten-stellten-uber-100-dubiose-datenabfragen-beamten-sind-mitglieder-bei-uniter-BPZ74BUHOBABBCB5AC3BMDI2K4.html>

⁴⁹ <https://taz.de/Ermittlungen-gegen-Berliner-Polizisten!/5786938/>

⁵⁰ <https://www.buzzfeed.de/recherchen/bundespolizei-professor-ausbilder-mit-rechter-vergangenheit-90902813.html>

⁵¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verfassungsschutz-institut-fuer-staatspolitik-ist-rechtsextrem-17570482.html>

⁵² <https://www.tagesschau.de/inland/razzia-bundeswehrreservisten-101.html>

⁵³ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-ermittelt-gegen-rechtsextreme-gruppe-im-wachbataillon-a-6fe09752-aafe-4893-a58c-cd8cd8daa31a>